

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort

**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 118/2021  
Kiel, Freitag, 26. März 2021

Jugend/ Junge Menschen in der  
Pandemie

## Dennys Bornhöft zu TOP 29 „Kinder und Jugendliche in der Pandemie besser unterstützen“

In seiner Rede zu TOP 29 (Kinder und Jugendliche in der Pandemie besser unterstützen) erklärt der jugendpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dennys Bornhöft:

„Die Sorgen und Nöte von Kindern wurden in der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu oft übersehen. Wir merken es jetzt, ein Jahr nach dem Beginn des ersten Lockdowns deutlich: Unseren Kindern geht es nicht gut. Studien belegen, was vielen aufmerksamen Menschen schon länger klar war: Kinder und Jugendliche leiden noch mehr an den aktuellen Kontaktbeschränkungen als Erwachsene.

Wen wundert es? Volle Klassenzimmer und Fußballtraining mit mehreren Mannschaften, der Musikkurs oder der Besuch im Jugendzentrum sind innerhalb kürzester Zeit eingeschränkt worden. Jetzt steht Homeschooling auf der Tagesordnung. Oftmals beschränken sich Kontakte auf die eigene Familie. Die Expertenanhörung im Landtag hat uns mitgegeben, dass die eigenen Eltern rund um die Uhr nicht unbedingt die beste Peer-Group für jedes Kind sind. Immer mehr Eltern sorgen sich um die Ausbildung ihrer Kinder. Mit steter Verlängerung des Lockdowns dreht sich die Sorge auch noch viel mehr um die psychische Gesundheit der jungen Menschen.

Schleswig-Holstein hat als eines der ersten Bundesländer Schulen und Kitas wieder geöffnet. Die Landesregierung und auch die Mehrheit des Landtages haben hier deutlich gemacht, dass sie gerade bei der Bildung nicht blindlings den Vorstellungen der Kanzlerin und der Ministerpräsidentenkonferenz folgen. Ich sage es auch hier ganz deutlich: Ich lasse mir den Bildungserfolg und die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen hier in Schleswig-Holstein nicht wegen politischer Verfehlungen bei der Pandemiebekämpfung von Söder, Ramelow oder Kretschmer an die Wand fahren. Eine geöffnete Kita oder Grundschule in Heide hat nichts mit dem Pandemiegeschehen in Thü-

ringen, Sachsen oder Bayern zu tun, dadurch wird auch kein Binnentourismus in Deutschland ausgelöst. Der Bildungsbereich ist daher ganz klar von bundesweiten Einschränkungen durch die MPK zu trennen.

Bildung ist der Schlüssel für den sozialen Aufstieg. Beenden wir den Präsen-  
zunterricht oder schließen die Bildungseinrichtungen, verschlechtern sich  
die Chancen einer Generation auf eine bessere Zukunft – Woche für Woche,  
Monat für Monat. Diese verlorene Bildungszeit in jungen Jahren ist an sich  
kaum wieder aufzuholen. Deswegen hat es ganz klar Priorität, dass Kitas  
und Schulen mit einem hohen Präsenzanteil geöffnet bleiben können. Da  
Kinder nicht wahlberechtigt sind, haben sie die kaum Möglichkeit, sich poli-  
tisches Gehör zu verschaffen. Deswegen ist uns Freien Demokraten und  
auch der Jamaika-Koalition der beständige Austausch mit den Interessens-  
vertretungen von Kindern und Jugendlichen wichtig.

Die psychischen, sozialen und emotionalen Beeinträchtigungen nach einem  
Jahr Ausnahmezustand sind vielfältig: Vereinsamung, Depression, aggressi-  
ves Verhalten und interfamiliäre Konflikte. Lassen Sie mich hier für die  
Freien Demokraten sprechen: Wir haben eine Abwägung getroffen. Und wir  
sind zu der Überzeugung gekommen: Dauerlockdown ist keine Option, am  
wenigsten für unsere Kinder. Deswegen gilt für die Koalition auch weiterhin:  
Die Schließung von Schulen und Kitas ist das letzte Mittel. Erzieherinnen  
und Erzieher sowie Lehrkräfte müssen zügig ein Impfangebot erhalten und  
sich bis dahin regelmäßig testen lassen können.

Bei der Öffnung von Schulen geht es uns nicht um Gebäude, in denen sich  
Menschen befinden. Die Kinder vermissen nicht das Gebäude. Sie sehnen  
sich nach den Begegnungen mit Mitschülern, dem Sozialen. Herumtollen auf  
dem Pausenhof, die Freunde auf dem Spielplatz oder im Jugendzentrum zu  
sehen. Sie vermissen das Miteinander, den Austausch. Dieses soziale Mitei-  
nander ist für die psychologische Gesundheit unserer Kinder ein entschei-  
dender Faktor. Ich bin froh, dass der Expertenrat unserer Landesregierung  
dies mit berücksichtigt. Wenn man sich wiederum die Besetzung der Exper-  
tengremien von Kanzlerin Merkel in den vergangenen Monaten angeschaut  
hat, wundert es einen nicht, dass dieser Aspekt zu kurz gekommen ist. In so  
ein Gremium gehören nicht nur Virologen, sondern auch Psychologen und  
Sozialwissenschaftler, Betriebs- und Volkswirte und Pädagogen. Zu lange  
haben wir den ‚Kollateralschäden‘ der Pandemie zu wenig Bedeutung bei-  
gemessen. In Schleswig-Holstein gehen wir einen anderen Weg und sind  
damit in den meisten Fällen gut gefahren.“